



Sozialdemokratische Partei
Wohlen BE

SPplus Wohlen
Postfach 319
3032 Hinterkappelen

www.spplus-wohlen.ch



September 2022

DIE SPITZE BOTSCHAFT

Die Sommerpause ist vorbei

Von Franziska Bärtschi, Co-Präsidentin SPplus

Trotz oder wegen der Sommerhitze beschäftigen die SPplus verschiedene Themen. Sie sind wichtig und betreffen uns alle politisch, gesellschaftlich und sozial – auch auf kommunaler Ebene.

Nebst vielen anderen ist ein Thema dabei, das seit Jahren für die Bewohner:innen Wohlens und angrenzender Gemeinden ein ständig hörbares und störendes Übel ist: der vom Schiessplatz Bergfeld ausgehende Lärm. Das Bergfeld sei «zweifellos die schönste Jagdschiessanlage der Schweiz» – so preisen die Jagdschützen Bern auf süffisante Weise das Ärgernis an. Der Schiesslärm ist omnipräsent und belastend. Eine gute und akzeptable Lösung für alle – also eine mögliche Co-Existenz – zu finden, ist nicht einfach. Das erfordert Offenheit, kreative Antworten und Möglichkeiten, die wir als SPplus suchen und finden wollen. Wir bleiben dran.

Schon bald, am 25. September 2022, sind wieder Abstimmungen. Flavia Wasserfallen, kommende Ständeratskandidatin, hat gegen die eidgenössische AHV-Vorlage und damit gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen freundlicherweise einen Artikel verfasst. In dieser Ausgabe findet sich zudem ein Text von Rudolf Strahm gegen die Vorlage zur Verrechnungssteuer, über die auf eidgenössischer Ebene ebenfalls abgestimmt wird. Kantonal geht es um das Stimmrechtsalter 16. Für diese Vorlage nimmt Samuel Schilling von der SPplus Stellung.

Alle diese Abstimmungen sind für uns relevant und eine gute Möglichkeit, uns als Bürgerinnen und Bürger einzubringen und am politischen Prozess teilzunehmen. Nehmen wir die Gelegenheit wahr.

Franziska Bärtschi



Nein zum AHV-Abbau

Von Flavia Wasserfallen, SP-Nationalrätin

Die Renten sind zu tief

Gemäss Artikel 112 Absatz 2 der Bundesverfassung hat die AHV den Existenzbedarf zu decken. Und wie sieht die Realität aus? Mit einer Medianrente von 1800 CHF pro Monat muss man von Verfassungsbruch reden. Davon kann niemand leben. Das zeigt sich deutlich an der Zunahme der EL-Quote, welche seit Jahren steigt. Wenn Renten und das Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken, greift die Ergänzungsleistung. Bereits wenige Monate nach der Pensionierung bezieht jede 9. Frau EL. Denn fast ein Drittel der Frauen verfügen nur über die AHV und haben keine 2. Säule. Bundesrat und Parlament ignorieren die schlechte Rentensituation, insbesondere auch die der Frauen: Sie erhalten ein Drittel weniger Rente als Männer und können fast nur auf die AHV zählen. Ausserdem erbringen Frauen den grössten Teil der unbezahlten Sorgearbeit, erleiden Milliarden einbussen aufgrund der Lohndiskriminierung und arbeiten mehr in schlecht bezahlten Berufen.

Vor diesem Hintergrund malt das Parlament AHV-Schreckensszenarien an die Wand und missbraucht diese für eine Schwächung der AHV. Es hat unter Ausschluss der Linken ein Abbauprojekt beschlossen: Wir stimmen am 25. September über die AHV21-Reform sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer (MWSt) ab. Dabei musste der Bundesrat gerade erst kürzlich die AHV-Finanzperspektiven wieder nach oben korrigieren. Mit der AHV21 würden Frauen in Zukunft ein Jahr AHV-Rente verlieren – gemessen am Medianeinkommen rund 26'000 Franken Einkommensverlust. Und auch die Rentensituation von Ehepaaren würde sich mit der Reform verschlechtern – obwohl ihre Renten heute schon plafoniert sind.

Länger arbeiten, mehr bezahlen – weniger Rente?

Realeinkommen und Kaufkraft in der Schweiz drohen zu sinken. Denn erstmals seit 2008 steigen die Konsumentenprei-

se wieder. Für das laufende Jahr wird eine Teuerung von 2.7 Prozent erwartet. Zusätzlich droht bei den Krankenkassen ein weiterer Prämienschokk. Das bedeutet einen happigen Kaufkraftverlust, welchen vor allem die Haushalte mit mittleren Einkommen spüren werden. In diesem angespannten Kontext will das Parlament mit AHV21 die Mehrwertsteuer erhöhen. Das lehne ich ab, aber nicht alternativlos. Bereits im Mai haben SP und Gewerkschaften die Initiative für eine Verwendung der Gewinne der Schweizerischen Nationalbank für die AHV lanciert. Auch prüft der Ständerat die Einführung einer Mikrofinanzsteuer für die AHV. Das sind beides viel wirksamere und fair finanzierte Zusatzgelder für den AHV-Fonds. Diese Reform gehört also zurück an den Absender für eine fairere und nachhaltigere Lösung.

Wer die AHV stärken will, stimmt am 25. September 2x Nein.

26'000 Franken weniger Rente?

AHV-Abbau

2x NEIN

Mehr bezahlen, weniger Rente



Noch ein Steuerschlupfloch mehr?

Von Rudolf Strahm, ehem. Preisüberwacher, alt Nationalrat SP, Herrenschwanden

Sonderrechte für Konzerne und Grossanleger?

NEIN Verrechnungssteuer-Vorlage



Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben Mühe, unser Steuersystem ganz zu verstehen. Doch eine Steuerart kennen alle: Die Verrechnungssteuer. Man könnte sie auch «Sicherungssteuer mit Rückforderungsrecht» nennen.

Wer Zinsen über 50 Franken aus seinem Bankkonto erhält oder wer Dividenden aus Aktien, Zinsen aus Obligationenanleihen oder gar Lottogewinne ausbezahlt erhält, dem werden gleich vor der Überweisung vom Staat 35% Verrechnungssteuer zurückbehalten. Wer diese Kapitalerträge und Vermögenswerte mit der Steuererklärung deklariert, erhält die 35% Verrechnungssteuer vollumfänglich zurück. Sie dient nur zur Durchsetzung der Steuerehrlichkeit.

Wer allerdings als Vermögendet diese nicht deklariert, verliert die 35% an den Fiskus. Es gibt in der Welt der Reichen und Superreichen nicht wenige Weltbürger, die ihr Vermö-

gen in der Schweiz parken und ihre Vermögenswerte und Kapitalerträge trotz internationaler Meldepflicht nicht deklarieren wollen – und dabei die 35% Verrechnungssteuer wissentlich und willentlich verlieren.

Die **Abstimmungsvorlage vom 25. September** will nun diese Verrechnungssteuer auf Obligationen-Anleihen gänzlich aufheben. Die Finanzlobby hat im Parlament dieses Steuerschlupfloch durchgedrückt – man spricht auch von der «Lex Matter», benannt nach dem Financier und SVP-Nationalrat Thomas Matter. Bei den andern Kapitalerträgen, wie Bankkonti-Zinsen und Aktiendividenden, bliebe die Verrechnungssteuer vorläufig bestehen.

Die Vermögensverwalter und Bankberater würden diese ungleiche Steuerbefreiung nach der Annahme für die «Steueroptimierung» so ausnützen: «Wollen Sie Ihr Vermögen und die Zinserträge versteuern

oder nicht?» Für vermögendet Grossanleger stünden dann die steuerbefreiten Obligationen-Anleihen zur Verfügung. Sie würden auch bei Nichtdeklaration keine Verrechnungssteuer verlieren, und zudem würde die Umsatzabgabe (Umsatzstempel) gleich auch wegfallen.

Wenn man weiss, dass die Ausgabe von Obligationen-Anleihen abgesehen vom Staat praktisch nur für Grossfirmen und Konzerne zur Verfügung steht, selten für mittelgrosse Unternehmen und nie für die KMU, dann wird begreiflich, weshalb im Parlament gerade für solche Anleihen die Steuerbefreiung durchgedrückt worden ist. Diese Ungleichbehandlung mit einem neuen Steuerschlupfloch zugunsten der Grossanleger und Konzerne darf man sich nicht bieten lassen!

Ja zum Stimmrechtsalter 16

Von Samuel Schilling, Mitglied SPplus Wohlen

Wissen Sie, was das Schlimmste ist, wenn man jung ist und erkennt, dass sich Dinge ändern müssen? Die Ohnmacht. Man ist mehr oder weniger gezwungen zuzuschauen, wie Menschen, die ihr ganzes Leben lang nichts gegen dringende Probleme getan haben, weiter nichts unternehmen. Klar kann man Petitionen starten, an Jugendparlamenten teilnehmen oder auf die Strasse gehen, aber diese Dinge werden normalerweise etwa so ernst genommen wie der Klimawandel vor dem Klimastreik.

Klimastreik ist ein gutes Stichwort. Dieser hat die Wahrnehmung der Jugend in der Politik klar verändert. Die Jugend und ihre Sorgen wurden plötzlich ernst genommen. Plötzlich wurde einer breiten (stimmberechtigten) Mehrheit klar, dass sie die Problematik nicht mehr ignorieren kann und diese dringender ist, als viele dachten. Doch dann forderte ein beachtlicher Teil dieser Mehrheit, die Jugend solle jetzt auch in der Politik ihre Anliegen vertreten und nicht nur Forderungen stellen. Ja wie denn?

Wie soll jemand, der oder die im Gymnasium streikt, um auf Klimapolitik aufmerksam zu machen, dieses Anliegen vertreten, wenn ihm oder ihr keine wirksamen Instrumente zur Verfügung stehen?

Wir behandeln 16-Jährige wie Erwachsene, erwarten von ihnen, dass sie sich im Lehrbetrieb im Arbeitsleben behaupten, dass sie Steuererklärungen ausfüllen, und lassen sie Alkohol trinken und Töff

fahren. Es ist höchste Zeit, dass wir sie als vollständige Mitglieder unserer Gesellschaft anerkennen und der Senkung des Stimmrechtsalters zustimmen. Stimmrechtsalter 16 bedeutet nicht nur, dass die jungen Menschen früher abstimmen dürfen. Es bedeutet, dass wir die Menschen mit vollwertigen politischen Instrumenten ausstatten, welche am längsten von ebendiesen politischen Entscheidungen betroffen sein werden.



Beitrittserklärung:

- Ja! Ich möchte Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Sektion SPplus Wohlen BE, werden.
- Schicken Sie mir bitte weitere Unterlagen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: SPplus Wohlen, Postfach 319, 3032 Hinterkappelen